



MEINUNG
ZUM TAGE
von
Michael Agricola

Wo bleibt Druck auf die „Freunde“?

„Plan A“, „Plan B“ oder „Plan A2“ – die deutsche Debatte um die richtigen Schritte in der Bewältigung des Flüchtlingszustroms dreht sich irgendetwas im Kreis. Und zwar in einem zu kleinen. Ob man nun nach Obergrenzen ruft oder sie ablehnt, Grenzsicherungen für absurd oder hilfreich hält, Grenzzentren hier oder dort, unter diesem oder jenem Namen ins Spiel bringt oder nicht: Die „deutsche Debatte“ ist wichtig, aber sie darf nicht die ganze Kraft im politischen Tagesgeschäft in Anspruch nehmen.

Denn die Lösung des Problems – die Verteilung der Schutzsuchenden, das Anpacken der Fluchtursachen und das Beenden der unwürdigen und für viele todbringenden Flucht über das Mittelmeer – kann nur mit einem Schulterschluss vieler Länder gelingen. Deutschland ist willig, aber nicht allmächtig. Dass es bei der Einforderung von Hilfe anderer EU-Staaten hakt, ist nicht zu übersehen. Nicht wenige Nachbarländer oder EU-Partner spielen ihr Spiel und schauen fast feixend zu, wie die Deutschen röhren und sich langsam aber sicher über der Flüchtlingsfrage zerfleischen.

Zu argumentieren, dann starte man eben eine „Koalition der (Frei-)Willigen“, wenn nicht alle mitmachen wollen, wie dies zuletzt unter anderem Finanzminister Schäuble vertrat, ist dabei eher kontraproduktiv. Wer sollte unter diesen Umständen seine ablehnende Position noch mal überdenken? Nein, es wird Zeit, einige EU-Staaten an ihre Pflichten in der Union zu erinnern – und zwar mit Nachdruck. Das wird nur über finanzielle Nachteile wie das Streichen von EU-Mitteln gegenüber unsolidarischen Mitgliedsstaaten gehen. Dieser Vorschlag geisterte schon einmal im Herbst durch die politische Debatte, wurde relativ schnell aber beerdigt. Nun sind wir ein paar Monate weiter, ohne dass sich alle EU-Staaten ihrer Verantwortung gestellt hätten. Es wird langsam Zeit, andere Saiten aufzuziehen. Und wer sonst außer Deutschland, der Motor der EU, hätte das Recht, diese Solidarität einzufordern? Damit täte sich auch die deutsche Politik einen Gefallen, weil er etwas Druck aus der sich im Kreise drehenden innenpolitischen Debatte nähme – allen kommenden Wahlkämpfen zum Trotz.

PRESSESCHAU

DIE RHEINPFALZ

(Ludwigshafen) zur Flüchtlingspolitik:

Klöckners „Plan A2“ ist in der Sache unbrauchbar. (...) Wenn sie nur noch begrenzte Kontingente aufnehmen will, müssen Flüchtlinge, die die Obergrenze überschreiten, in der Konsequenz abgewiesen werden. Dazu müssen die Grenzen lückenlos geschlossen werden. Wenn Klöckner einen Zaun um Deutschland bauen will, soll sie es sagen. Tut sie aber nicht.

Athen fordert von EU mehr Solidarität

Innenminister: Deutschland weist pro Tag bis zu 200 Menschen ab · Streit um Registrierungskapazitäten

Vor zwei Monaten vereinbarten die Europäische Union (EU) und die Türkei, dass Ankara den Flüchtlingszustrom nach Griechenland unterbindet. Die aktuellen Zahlen sprechen eine andere Sprache.

Berlin. In den ersten drei Wochen des neuen Jahres gingen in Griechenland 35 455 Flüchtlinge an Land, 94 Menschen verloren bei der Überfahrt ihr Leben. Nun fordern Politiker aus anderen EU-Staaten einen Ausschluss Griechenlands aus dem Schengen-Raum. Für Athen ein Armutszeugnis in Sachen Solidarität. Was jeder Rettungsschwimmer weiß, scheint bei den Betroffenen nicht angekommen zu sein, heißt es in Athen: Auf hoher See ist man verpflichtet, Schiffbrüchigen zu helfen.

Deshalb statten Schleuser Flüchtlinge vor Reiseantritt mit Werkzeugen aus, um ihre Boote zu versenken, sobald die Küstenwache oder die Marine in Sichtweite sind. Bei Schlauchbooten reichen ein paar Stiche mit dem Messer, und auch alte Holzkutter lassen sich problemlos leckschlagen.

Österreichs Innenministerin Johanna Mikl-Leitner ist dennoch der Ansicht, es sei ein Mythos, dass die griechische See-



Flüchtlinge an der deutsch-österreichischen Grenze nahe Wegscheid. Deutschland weist nach Angaben von Bundesinnenminister de Maizière täglich bis zu 200 Menschen ab. Foto: Armin Weigel

grenze zur Türkei sich nicht kontrollieren lasse. In der „Welt am Sonntag“ forderte sie den vorübergehenden Ausschluss Griechenlands aus dem Schengen-Raum, wenn das Land „nicht endlich mehr“ für die Sicherung der EU-Außengrenze unternehme.

Dem griechischen Außenminister Nikos Kotzias platzte

nun der Kragen. In einem Gespräch mit der Berliner „Tagesschau“ (taz) stellte er klar: „Wenn wir die Flüchtlinge stoppen wollten, müssten wir Krieg gegen sie führen. Wir müssten sie bombardieren, ihre Boote versenken und die Menschen ertrinken lassen.“

Auch Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SDP)

kritisierte die Drohung. „Scheinselösungen wie der Ausschluss einzelner Staaten aus dem Schengen-Raum bringen niemanden weiter“, sagte er.

Für die Regierung in Athen steht fest, dass die von der Türkei zugesagte Kontrolle der Flüchtlinge nicht funktioniert. Aus Athener Regierungskreisen heißt es auch, die Türkei habe

die Visumpflicht für Bürger jener Staaten aufgehoben, aus denen Migranten kämen, die ihre Heimat aus wirtschaftlichen Gründen verließen. So kämen inzwischen zunehmend Marokkaner und Algerier an den griechischen Inseln an.

■ Deutschland weist nach Angaben von Innenminister Thomas de Maizière (CDU) zurzeit täglich 100 bis 200 Menschen an der Grenze ab. Allein in den ersten beiden Januarwochen waren es etwa 2 000. Wer kein Asyl in Deutschland beantragt und unerlaubt in die Bundesrepublik einreisen wolle, „der hat auch kein Recht hier zu sein“, so de Maizière. Deutschland hat im September Grenzkontrollen eingeführt, die Polizei hatte zunächst aber große Probleme mit der Registrierung. Laut de Maizière hat sich dies mittlerweile geändert – täglich könnten rund 3 500 Flüchtlinge an der Grenze erkennungsdienstlich erfasst werden. Die Polizeigewerkschaften widersprachen vehement. Tatsächlich könne die Bundespolizei täglich nur 1 000 Migranten an der Grenze zu Österreich kontrollieren, sagte GdP-Vizechef Jörg Radek. Der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, sagte: „Derzeit werden nur rund 10 Prozent der Flüchtlinge registriert.“ Der Rest werde aus Zeit- und Personalmangel mehr oder weniger durchgewunken. (dpa)

Gewaltsame Ausschreitungen nach Wahlverschiebung in Haiti

Port-au-Prince. Nach der Absage der umstrittenen Präsidentschaftswahl in Haiti ist es in dem karibischen Krisenstaat am Wochenende zu Protesten und schweren Ausschreitungen gekommen.

Tausende Menschen forderten in der Hauptstadt Port-au-Prince den Rücktritt von Staatschef Michel Martelly und die Auflösung des Provisorischen Wahlrats CEP. Bei den gewaltsamen Protesten kam nach Medienberichten ein Mensch ums Leben. Die Wahlbehörde hatte

am Freitag zum zweiten Mal innerhalb eines Monats die Stichwahl um das Präsidentenamt zwischen dem Regierungskandidaten Jovenel Moïse und dem Oppositionellen Jude Célestin wegen Boykottandrohungen auf unbestimmte Zeit aufgeschoben. Die Abstimmung wird seit Wochen von Betrugsvorwürfen überschattet. Die Opposition wirft den Wahlbehörden Manipulation zugunsten des Regierungskandidaten Moïse beim ersten Wahldurchgang Ende Oktober vor. (dpa)

Feuer und offene Gasflaschen

Brandstifter wollten Explosion in Flüchtlingsheim auslösen

Barsinghausen. Bei einem Brandanschlag auf ein in Bau befindliches Flüchtlingsheim bei Hannover wollten die Täter eine schwere Explosion auslösen und brachten Feuerwehrleute damit in akute Lebensgefahr.

Bei den Löscharbeiten in dem Rohbau in Barsinghausen stießen die Feuerwehrleute am Samstagmorgen auf mehrere geöffnete Gasflaschen, was zu einer Explosion hätte führen können, wie ein Feuerwehrsprecher sagte. Die Gasflaschen wur-

den ins Freie gebracht und gekühlt. Nach Angaben der Polizei entstand an dem Gebäude ein Schaden von 100 000 Euro, Menschen wurden nicht verletzt.

Die Kriminalpolizei geht von vorsätzlicher Brandstiftung in beiden Geschossen des Gebäudes aus, von den Tätern gab es zunächst keine Spur. Das Feuer wurde von einer vorbeifahrenden Frau entdeckt, die die Rettungskräfte alarmierte. Obwohl im Erdgeschoss als auch im Obergeschoss stieß die Feu-

erwehr auf brennendes Dämmmaterial. Im Erdgeschoss wurden sämtliche Fenster eingeschlagen, außerdem wurde ein Baucontainer aufgebrochen.

Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) verurteilte den Anschlag. „Ich schäme mich dafür, dass so etwas auch bei uns in Niedersachsen immer wieder passiert.“ Barsinghausen grenzt an das Schaumburger Land, einem Schwerpunkt von Neonazis in Niedersachsen. (dpa)

Wo es „Nudeln über die Ohren“ gibt

Russlands Medien machen mit deutscher Flüchtlingskrise mitunter Propaganda

Moskauer Medien berichten viel über Deutschlands Probleme mit den Flüchtlingen. Einige der dort verbreiteten Horrorgeschichten sind allerdings schlicht gefälscht.

von Friedemann Kohler

Moskau. Wissen russische Medien mehr als die deutsche Polizei? „Russische Deutsche überfallen Flüchtlingsheim in Deutschland“, berichtete das Moskauer Sensationsblatt „Sowjetschenno Sekretno“ (Streng geheim) vergangene Woche.

Weil die deutschen Behörden hilflos seien gegen Flüchtlinge, hätten etwa 400 russischstämmige Männer zur Selbsthilfe gegriffen und mit Baseballschlägern ein Heim in Bruchsal bei Karlsruhe aufgemischt.

Wenn die Geschichte einen wahren Kern haben sollte, ist er um das Hundertfache aufgebauscht worden. Nach Polizeiangaben haben vier Männer am Samstag, 16. Januar, im Nachbarort Karlsdorf-Neuthard ein Fenster in einer Flüchtlingsunterkunft eingeworfen, Sachschaden 300 Euro.

Doch der Artikel ist typisch.

Spätestens seit den Übergriffen von Köln in der Silvesternacht wird Deutschland in russischen Medien als Land kurz vor dem Zusammenbruch dargestellt. „Die Ereignisse von Köln haben die Gesellschaft gespalten“, heißt es beim TV-Sender Rosija24. „Immer weniger Menschen glauben, dass die Migranten keine Gefahr darstellen.“ Bürgerwehren seien an der Tagesordnung.

Botschaft aus Moskau: „Europa ist schwach“

Die propagandistische Botschaft der vom Kreml gesteuerten Medien: Europa ist schwach, ein unsicherer Ort, überrannt von Fremden. „Entweder die neue Völkerwanderung wird gestoppt, oder Europa muss untergehen“, sagte der nationalistische Politiker Wladimir Schirinowski dem Boulevardblatt „Komsomolskaja Prawda“.

Verglichen damit scheint Russland unter Präsident Wladimir Putin glänzend dazustehen – auch wenn der Rubel abstürzt, die Einkommen sinken und das Land Krieg führt in Syrien und verdeckt in der Ukraine.

Vor allem die großen Fernsehsender beeinflussen dabei nicht nur das Publikum in Russ-

land. Sie werden auch von vielen der etwa 2,3 Millionen Menschen in Deutschland gesehen, deren Wurzeln in der früheren Sowjetunion liegen. Einige Beiträge wirken, als sollten sie eine Pogromstimmung unter den Russlanddeutschen schüren.

Da ist zum Beispiel der Fall eines 13-jährigen russlanddeutschen Mädchens aus Berlin, das kurz als vermisst gemeldet war. Es sei von Flüchtlingen entführt und vergewaltigt worden, behauptete die Nachrichtensendung „Westi“.

Im russischsprachigen Internet schlug die Sache hohe Wellen. Und es nützte nichts, dass die Berliner Polizei über Tage geduldig klarstellte: „Fakt ist – nach den Ermittlungen unserer LKA gab es weder eine Entführung noch eine Vergewaltigung.“

Demonstration gegen eine Tat, „die es so nicht gab“

Am Samstag demonstrierten etwa 700 Russischsprachige vor dem Kanzleramt gegen kriminelle Flüchtlinge. Der Berliner Ableger der ausländerfeindlichen Pegida-Bewegung, „Bärgida“ hatte unter dem Motto „Wir sind gegen Gewalt“ zu der Kundgebung aufgerufen.

Der Erste Kanal des russischen Fernsehens berichtete erneut ausführlich. Dass die deutsche Polizei angehalten ist, Straftaten von Ausländern zu verschweigen – davon gehen Moskauer Staatsmedien genauso aus wie Anhänger der rechtsgerichteten Pegida.

Auf der Webseite des russischen Privatsenders REN TV sind Artikel zu Köln unter süffisanten Schlagworten wie „Sex-Migranten“ oder „Gast-Sexuelle“ zu finden. In einem Beitrag über die Silvesternacht wurden vermutlich Bilder geschnitten, die Übergriffe bei Demonstrationen in Kairo 2011 zeigen.

Wer in Russland jemanden belügt oder hinters Licht führt, der hängt ihm – so die Redewendung – „Nudeln über die Ohren“. Als „Nudelentferner“ bemühen sich der Ex-Nachrichtenredakteur Alexej Kowaljow und seine Mitstreiter in Moskau, Fälschungen und Unwahrheiten der russischen Medien aufzudecken.

Auch in Sachen Bruchsal und Berlin haben sie recherchiert. „Offenbar braucht die russische Propagandamaschine dringend Geschichten zur Ablenkung“, heißt es auf ihrem Blog.

(siehe auch Bericht von der gestrigen Demo auf „Marburg“)

Erschwertes Nachtleben für Migranten

Freiburg. Nach einem Bericht über verschärfte Einlassregeln für Ausländer in Clubs und Discos in Freiburg will die Stadt prüfen, ob die Betreiber pauschal Menschen diskriminieren. „Man muss erstmal eruiieren, ob es ein Zutrittsverbot gibt und wie das umgesetzt wird“, sagte Sozialbürgermeister Ulrich von Kirchbach (SPD) gestern. „Es gilt das Diskriminierungsverbot. Man darf nicht eine Personengruppe pauschal ausschließen.“

Nach Recherchen der „Badischen Zeitung“ haben Ausländer in Freiburg derzeit Probleme, ungehindert Diskotheken und Clubs zu besuchen. Die Betreiber würden dies unter anderem mit sexuellen Belästigungen von Frauen, Diebstählen und Gewalt begründen, berichtete das Blatt. Überwiegend verhielten sich die etwa mehr als 3 000 in der Stadt untergebrachten Asylbewerber „ordentlich“, so von Kirchbach. Polizeisprecherin Laura Riske bestätigte dies, von sexuellen Übergriffen durch Ausländer in Clubs sei ihr nichts bekannt. Nach Erkenntnis des Gaststättenverbands Dehoga haben Baden-Württembergs Gastronomen bisher nur selten Probleme mit Ausländern gehabt. (dpa)